

Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek

ORF-Sendereihe "Bürgeranwalt" – Ausstrahlung vom 14.2.2009

Fallwinde in der Donaacity – Windkomfortstudie nicht berücksichtigt?

Die Sendung „Bürgeranwalt“ vom 14. Februar 2009 widmete sich einmal mehr der Problematik der Fallwinde in der Donaacity. Der Beitrag zeigte recht anschaulich sich gegen den Sturm stemmende Menschen, umstürzende Fahrräder und Eltern, die versuchen, ihre Kinder vor der Naturgewalt zu schützen – eine untragbare Situation, die an rund 70 - 120 Tagen pro Jahr auftritt. Bereits vor vier Jahren haben sich der ORF und die Volksanwaltschaft dieser Problematik angenommen. Sowohl in der damaligen Fernsehdiskussion als auch in der nachfolgenden Korrespondenz stellte jedoch die Gemeinde Wien jegliche Verantwortung in Abrede.

Neuerliche Medienaufmerksamkeit erfuhr die Fallwindproblematik, als Frau A. vor wenigen Monaten in unmittelbarer Nähe des Ares-Towers von einer Sturmböe erfasst und gegen einen Lichtmast bzw. eine Begrenzungsmauer geschleudert wurde. Von den schweren Verletzungen hat sie sich bis heute nicht vollständig erholt.

Volksanwältin Gertrude Brinek hinterfragt in diesem Zusammenhang jene Flächenwidmung, die in den 90er Jahren beschlossen wurde und offensichtlich keinerlei Beachtung auf die besondere Situation in diesem sturmsensiblen Bereich aufweist. Jener Behörde, die in weiterer Folge die Baubewilligung erteilt habe, sei kein Vorwurf zu machen, sehr wohl aber der Gemeinde Wien, die es verabsäumt hätte, anlässlich der Flächenwidmung entsprechende Maßnahmen festzuschreiben.

Medienberichten zufolge wurde vom Bauträger eine sogenannte „Windkomfortuntersuchung“ in Auftrag gegeben, die einerseits die „Hot-Spots“ festhält, aber auch diverse Maßnahmen, wie Spoiler oder Lamellen bzw. Schutzwände vorschlägt. Der zuständige Planungsstadtrat verzichtete darauf, sich der Fernsehdiskussion zu stellen, vertreten waren lediglich ein Anwalt des Bauträgers und ein Experte der Architektenkammer.

Fest steht, dass der Gemeinderat im März 2007 wiederum eine Flächenwidmungsplanänderung beschlossen hat. Wie sich der Bau von zwei weiteren Türmen auf die

gefährliche Situation aufwirkt, ist offen. Für Volksanwältin Brinek ist der dringende Handlungsbedarf klar: „Betroffen ist nicht nur Frau A., die nun um einen Schadenersatz kämpft, sondern auch weitere 7.500 Menschen, die in diesem Bereich arbeiten und wohnen und zu Recht eine Beseitigung dieser untragbaren Situation fordern.“ Der Ball liegt nun beim zuständigen Planungstadtrat, der seit Monaten eine Verbesserung in Aussicht stellt. Die Volksanwaltschaft erwartet sich die rasche Ausarbeitung eines Lösungsvorschlages, der in Zusammenarbeit von Gemeinde und Betreiber erfolgen sollte.

Nachgefragt: Ein Verkehrsspiegel in Berndorf verletzt die Persönlichkeitsrechte von Anrainerinnen

Im Fall jener „Verkehrssicherheitsmaßnahme“ in Berndorf, durch die sich zwei Bewohnerinnen eines angrenzenden Hauses gestört fühlten, wurde eine Lösung präsentiert. Der umstrittene Verkehrsspiegel, der für Passanten Einblick in den Wohnraum gewährte, wurde um einen Meter gekürzt. Volksanwältin Brinek dazu: „Es ist bedauerlich, dass es nur mit Hilfe der Volksanwaltschaft und des ORF möglich gemacht wurde, dieses Problem zu lösen. Man hätte von der zuständigen Behörde mehr Sorgfalt und Augenmaß bei der Aufstellung eines Verkehrsspiegels erwarten können.“